

Sendesperfrist: 11.30 Uhr

## **Auslagerung des Debt Management des Bundes**

Der **Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel**, hat auf einer Pressekonferenz in Berlin am 16. Februar 2000 zur Auslagerung des Debt Management des Bundes Folgendes erklärt:

Die für die Kreditaufnahme des Bundes zuständigen Angehörigen des Bundesministeriums der Finanzen bewältigen eine jährliche Bruttokreditaufnahme von 300 Mrd. DM, verwalten eine Bundesschuld von 1.500 Mrd. DM und bewegen täglich Milliardenbeträge am Geldmarkt, um die Kassenschwankungen auszugleichen.

Ihr Erfolg misst sich am einfachsten im Vergleich der Renditen: Kein anderer Kreditnehmer im Euro-Raum kann seine Schuldtitel so niedrig verzinsen wie der Bund. Wir müssen nicht verheimlichen, dass sich der Bund auch günstiger finanziert als alle anderen Staaten im Euro-Raum.

Trotz dieser ausgezeichneten Erfolge wird es zunehmend schwer, die Arbeit zu bewältigen, und zwar aus zwei Gründen:

1. Die internationalen Finanzmärkte machen rasante Entwicklungen durch. Beträge in Milliarden- und Abermilliardenhöhe werden heutzutage in Sekundenbruchteilen rund um die ganze Welt gehandelt. Darüber hinaus haben sich derivative Instrumente explosionsartig verbreitet. Für das Debt Management bedeutet dies: Die Notwendigkeit, komplizierte Analysen anzufertigen, schnell zu reagieren und das Instrumentarium immer aufs Neue zu überprüfen, wächst ständig.
2. Durch die Einführung des Euro auf den Kapitalmärkten am 1. Januar 1999 sind die staatlichen Kreditaufnehmer im Euro-Raum unmittelbare Konkurrenten geworden. Das Debt Management des Bundes kann nicht mehr von der traditionellen Präferenz internationaler Anleger für die D-Mark profitieren. Auch auf diese Herausforderung muss das Debt Management Antworten finden.

Beide Entwicklungen führen dazu, dass die Planstellenausstattung des Debt Management und seine Kompetenzverteilung auf das Bundesministerium der Finanzen, die Deutsche Bundesbank und die Bundesschuldenverwaltung nicht mehr zeitgemäß sind. Die Marktentwicklungen machen es erforderlich, mehr Spezialisten zu beschäftigen und die Entscheidungswege zu vereinfachen.

Das Bundesministerium der Finanzen hatte deshalb die Firma Andersen Consulting beauftragt, ein Gutachten über eine eventuelle Umorganisation des Debt Management vorzulegen. Als Ergebnis des Gutachtens werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Gründung einer bundeseigenen GmbH, in der die heute wahrgenommenen Aufgaben des Debt Management des Bundesministeriums der Finanzen, der Bundesschuldenverwaltung und der Deutschen Bundesbank zusammen geführt werden.
2. Damit können die Schwachstellen in der heutigen Organisation des Debt Management - unzureichende Personalausstattung, zu viele Schnittstellen - am wirkungsvollsten behoben werden.
3. Das Debt Management soll damit so entscheidungsorientiert umgestaltet werden, dass es sich den schnell wechselnden Anforderungen der weltweiten Finanzmärkte optimal anpassen kann. Dies bedeutet auch, alle Möglichkeiten zur Zinseinsparung vollständig auszuschöpfen.
4. Der Ausbau der GmbH soll in Stufen erfolgen: Sie übernimmt zunächst die bislang im Bundesministerium der Finanzen wahrgenommenen Aufgaben, bezieht danach Aufgaben der Bundesschuldenverwaltung ein und erstreckt sich schließlich auch auf die Fiscal Agent-Funktionen der Deutschen Bundesbank.
5. Es wird ein straffer Zeitplan zur Umsetzung angestrebt: Die GmbH soll ihre Geschäftstätigkeit bereits im IV. Quartal dieses Jahres aufnehmen. Der schrittweise Ausbau soll bis Ende 2002 erfolgt sein.
6. Im Bundesministerium der Finanzen wird ein Referat zur Wahrnehmung der Steuerungs- und Kontrollfunktion eingerichtet.
7. Die Reichsschuldenordnung und das Reichsschuldbuchgesetz müssen angepasst werden. Bei diesem Gesetzgebungsvorhaben wird selbstverständlich auch dem Willen des Gesetzgebers Rechnung getragen werden.
8. Geschäftsführung und Mitarbeiter der GmbH werden teilweise aus dem Bundesministerium der Finanzen, der Bundesschuldenverwaltung und der Deutschen Bundesbank übernommen, teilweise am Markt gewonnen.